

Niederschrift

**über die 7. öffentliche Sitzung des Ausschusses
für Wirtschaft, Tourismus und Ordnungswesen
am 21.07.2020 um 19.00 Uhr
in der Turnhalle der Eider-Treene-Schule, Schleswiger Straße 29**

Vom Ausschuss sind anwesend:

Vorsitzender Eggert Vogt
Stadtverordnete Gesche Krause
Stadtverordnete Elisabeth Kunde
Bürgerliches Mitglied Thomas Paulsen für Kristine Zimmerer
Bürgerliches Mitglied Birgit Meier
Stadtverordneter Bernd Guldenpenning
Stadtverordneter Walter Reimers

Es fehlt entschuldigt:

Bürgerliches Mitglied Gert Buntkowski
Bürgerliches Mitglied Wilma Ziemann

von der Stadt:

Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke
Anja Andersen, Leitung Veranstaltungsmanagement sowie Geschäftsführender
Vorstand Tourismusverein Friedrichstadt u.U. e.V.
Carolin Kühn, Leitung Tourismus & Destinationsmanagement sowie Ge-
schäftsführender Vorstand Tourismusverein Friedrichstadt u.U.
e.V.
Kerstin Lamp, Stadtmanagerin, Stadt Friedrichstadt
Nadja Skala, Projekt Zukunftsstadt (u.a. Parkraumkonzept)
Christiane Loges, Sekretariat Bürgermeisterin
Christiane Thomsen, Stadtarchiv / Museum Stadt Friedrichstadt
Michael Wohlert, Personalrat u. Mitarbeiter des Bauhofes der Stadt Friedrichstadt
Birger Thomsen, Wehrführer Feuerwehr Friedrichstadt
Thorsten Mahmens stellv. Wehrführer Feuerwehr Friedrichstadt
Manuel Fritz-Paulsen Gerätewart Feuerwehr Friedrichstadt

Vom Amt Nordsee-Treene:

Femke Postel, Fachbereich Zentrale Dienste
Matthias Rövenstrunk, Fachbereich Finanzen
Fabian Langbehn, Fachbereich Bürgerdienste und Ordnung, Protokollführung

Von der Presse:

Frau Wagner

Mehrere Zuhörer/innen

Tagesordnung:

- 1) Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch den Ausschussvorsitzenden und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2) Feststellung der Tagesordnung
 - a) Dringlichkeitsanträge
 - b) Beschlussfassung über die eventuelle Nicht-Öffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

- 3) Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über die 6. Sitzung vom 14.11.2019
- 4) Einwohnerfragestunde
- 5) Bericht des Ausschussvorsitzenden
- 6) Bericht der Bürgermeisterin
- 7) Bericht der Feuerwehr zur Parkraumproblematik
- 8) Beratung und Beschlussfassung über das Einrichten von absoluten Haltverboten Am Stadtfeld im Bereich des Spielplatzes
- 9) Beratung und Beschlussfassung über das Einrichten eines absoluten Haltverbotes auf der Eilandbrücke (Eiland / Am Fürstenburgwall)
- 10) Beratung und Beschlussfassung über das Einrichten eines einseitigen Haltverbotes im östlichen Bereich der Kirchenstraße (zwischen Lohgerberstr. und Prinzeßstr.)
- 11) Beratung und Beschlussfassung über die Durchführung einer Verkehrszählung im Bereich der B202 in Höhe Halbmond zwecks Prüfung der möglichen Aufstellung einer Behelfsmöglichkeit für Fußgänger/innen (z. B. Bedarfsampel)
- 12) Beratung und Beschlussfassung über die Umsetzung der Errichtung einer Aussichtsplattform im Bereich Fürstenburggraben / Prinzeßstraße
- 13) Austausch über die notwendigen Voraussetzungen für die mögliche Einführung einer Kurabgabe
- 14) Bericht aus dem Bereich Tourismus (Stadt Friedrichstadt) und der Touristinformation (Tourismusverein Friedrichstadt und Umgebung e. V.)
- 15) Sachstandsbericht Stadtjubiläum 2021
- 16) Sachstandsbericht Wettbewerb „Zukunftsstadt“
- 17) Anfragen
- 18) Grundstücksangelegenheiten

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch den Ausschussvorsitzenden und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Vogt, eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden recht herzlich zur siebten Sitzung des Ausschusses Wirtschaft, Tourismus und Ordnungswesen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zwei Ausschussmitglieder fehlen entschuldigt.

Die Einladung ist fristgerecht zugegangen.

2. Feststellung der Tagesordnung

a) Dringlichkeitsanträge

Es wird beantragt die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt:

- Beratung und Beschlussfassung über die Einrichtung eines Parkverbotes für Wohnmobile auf dem kostenfreien Parkplatz hinter der evangelischen Kirche (beim Stadtarchiv)

zu erweitern.

Die Erweiterung der Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Es wird beschlossen, dass der neue Tagesordnungspunkt unter TOP 13 geführt wird.

Zudem erfolgt die Verschiebung der TOP 13 u. 14 auf TOP 7 u. 8.

Hierdurch kommt es bei nachfolgenden TOP zu Änderungen:

ehemals TOP 7 nunmehr TOP 9, ehemals TOP 8 nunmehr TOP 10, ehemals TOP 9 nunmehr TOP 11, ehemals TOP 10 nunmehr TOP 12, ehemals TOP 11 nunmehr TOP 14, ehemals TOP 12 nunmehr TOP 15, ehemals TOP 15 nunmehr TOP 16, ehemals TOP 16 nunmehr TOP 17, ehemals TOP 17 nunmehr TOP 18

b) Beschlussfassung über die eventuelle Nicht-Öffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

Entfällt, da keine Angelegenheiten zu dem vorgesehenen TOP Grundstücksangelegenheiten vorliegend.

3. Genehmigung der Niederschrift der 6. Sitzung vom 14.11.2019 und zusätzlich Genehmigung der Niederschrift der 5. Sitzung vom 17.09.2019

Die Niederschrift der 6. Sitzung vom 14.11.2019 wird einstimmig beschlossen. Zusätzlich wird, da bei der letztmaligen Sitzung noch nicht geschehen, die Niederschrift der 5. Sitzung vom 17.09.2019 einstimmig beschlossen.

4. Einwohnerfragestunde

Ein Zuhörer erkundigt sich, ob bereits Ergebnisse der Arbeitsgruppe zur Parkraumproblematik in der Altstadt vorliegen? Es liegen derzeit noch keine konkreten Ergebnisse vor. Die Arbeitsgruppe ist bei der Erarbeitung an Ihre Grenzen gestoßen. Es wurde deshalb im Rahmen des Wettbewerbes Zukunftsstadt die projektbezogene Erarbeitung eines Parkraumkonzeptes beauftragt. Die dafür verantwortliche Mitarbeiterin, Frau Skala, ist Stadtplanerin und Juristin.

Hierzu aufkommende Fragen beantwortet Frau Skala gerne im Rahmen ihrer Präsenzzeiten im Projektbüro in der Prinzenstraße.

Daran anschließend wurde die Frage gestellt, ob es eine Sitzung zum Thema Parkraumkonzept geben wird.

Sobald ein Vorschlag erarbeitet wurde, wird dieser der Öffentlichkeit präsentiert.

Im Vorwege ist das Vorbringen von Ideen aus der Bevölkerung ausdrücklich erwünscht.

5. Bericht des Ausschussvorsitzenden

- entfällt -

6. Bericht der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke berichtet wie folgt:

- Der als öffentliches WC Am Deich zur Verfügung gestellte Bauwagen wurde entfernt. Ein öffentliches WC wird nunmehr dankenswerterweise vom Hotel *Hoffmanns Holsteinisches Haus* (Eiland 1-3) zur Verfügung gestellt.
- Derzeit werden die Grantwege in der Stadt Friedrichstadt in den Bereichen Am Markt, Am Mittelburgwall und Westersielzug saniert.
- Seit dem 01.07.2020 erfolgt die Anmietung eines Projektbüros in der Prinzenstraße zu den Themen Städtebauförderung, Zukunftsstadt, Stadtentwicklung (mehr dazu siehe TOP 17).
- Besuch der Innenministerin auf Einladung der AktivRegion wg. geförderter Projekte.
- Mündliche Zusage der Innenministerin des Landes Schleswig-Holsteins, Frau Dr. Sabine Sütterlin-Waack, zur Übernahme der Schirmherrschaft für das 400-jährige Stadtjubiläum.

7. Austausch über die notwendigen Voraussetzungen für die mögliche Einführung einer Kurabgabe

Zum Austausch über die notwendigen Voraussetzungen für die mögliche Einführung einer Kurabgabe wurden Frau Kühn (Leitung Tourismus & Destinationsmanagement sowie Geschäftsführender Vorstand Tourismusverein Friedrichstadt u.U. e.V.) und Herr Rövenstrunk (Mitarbeiter Fachbereich Finanzen – Amt Nordsee-Treene) eingeladen.

Frau Kühn beginnt und berichtet wie folgt:

1) Darf in Friedrichstadt eine Kurabgabe erhoben werden?

Grundsätzlich darf in Gemeinden und Städten eine Kurabgabe erhoben werden, sofern die Gemeinde als Tourismus-, Kur- oder Erholungsort anerkannt ist. Laut einer Übersichtliste (Stand Oktober 2017) auf der Internetseite der Landesregierung Schleswig-Holsteins ist Friedrichstadt als Erholungsort anerkannt. Somit würde hier die grundsätzliche Berechtigung bestehen, laut dem Kommunalabgabengesetz des Landes Schleswig-Holstein (KAG § 10) eine Kurabgabe zu erheben.

2) Bei welchen Personengruppen darf eine Kurabgabe erhoben werden?

- Übernachtungsgästen (Volljährig)
- Tagesgästen (Volljährig)
- Gästen des Campingplatzes
- Gästen (auch minderjährig) in der Jugendherberge
- Gästen des Wohnmobilstellplatzes
- Tagesgäste
- Reisegruppen
- Ermäßigt bei volljährigen Schülern, Studenten und Menschen mit einem Behinderungsgrad unter 100%

3) Grobkosten

Mit folgenden Kosten ist bei der Einführung einer Kurabgabe zu rechnen:

- Rechtsberatungskosten: Erstellen und Prüfen einer Satzung
- Einführungskosten System (einmalig): 15.000,00 € inkl. MwSt.
- Personalkosten Projektbegleitung für ca. 1 Jahr (19,5./Woche): 17.000,00 €

- Laufende Systemkosten (Module und Lizenzen) jährlich: ca. 3.800,00 € inkl. MwSt.
- Druckkosten Meldescheinbögen (50.000 Stück): 4.600,00 €
- Eventuell zukünftig: 5 Wochenstunden extra für Betreuung über Touristinformation. Dies ist aber erst im weiteren Projektverlauf zu klären.

4) Vor- und Nachteile Kurabgabe:

Vorteile:

- 1) Qualitative Erfassung nahezu aller Übernachtungsströme und vieler Aufenthalte. Dies ermöglicht es uns frühzeitig Veränderungen zu erkennen und ggf. Maßnahmen für eine gesunde touristische Entwicklung abzuleiten.
- 2) Keine einseitige touristische Kostenbelastung der Friedrichstädter sondern eine faire Verteilung auf mehrere Schultern. Dies im Hinblick darauf, dass die aktuellen Kosten nach der Neustrukturierung für die Tourismusabgabe neu evaluiert werden müssen.
- 3) Insg. Mehreinnahmen für die Stadt, welche Bedarfszuweisungsempfänger ist.
- 4) Optimale Statistik/Zahlen für Entwicklungsmaßnahmen. Diese werden für Anträge von Fördermaßnahmen immer zwingender erforderlich.
- 5) Marketing/Verkaufsfördernde Möglichkeiten für das örtliche Gewerbe durch das gesteuerte Angebot von Mehrwert und Aktionen.

Nachteile:

- 1) Mehraufwand für Anbieter von Betten und Übernachtungsformen (Hotels und Ferienobjekte), sowie Leistungsträger tagestouristischer Angebote.
- 2) Mehraufwand für das Amt Nordsee-Treene durch Einzug und Verrechnung (Buchhaltung) der Kurabgabe

Anschließend berichtete Herr Rövenstrunk hierzu aus Sicht der Verwaltung wie folgt:

Allgemein

Bereits vorhandener Aufwand wird umgelegt, d.h. keine neuen Einnahmen mit denen zusätzliche touristische Angebote finanziert werden können.

Zahlung Kurabgabe

Struktur Tagesgäste, Einziehung der Kurabgabe, Verpflichtung Privater z. B. Grachtenschiffer nicht möglich, Automaten nicht ratsam, Kontrolle ?
Übernachtungsgäste können über Vermieter herangezogen werden
Steuergerechtigkeit Tagesgäste - Übernachtungsgäste

Auswirkungen Tourismusabgabe

Aufkommen 2017 85.046 €
Aufkommen 2018 81.194 €
Aufkommen 2019 76.637 €

Kurabgabe führt zur Minderung der Tourismusabgabe, es wird der gleiche kalkulatorische Aufwand umgelegt.

Kosten

Personalbedarf Verwaltung, Am Beispiel von der Gemeinde Nordstrand: ½ Stelle ca. 25.000 € bis 30.000 € (Abgleich und Kontrolle Meldescheine, Erstellung u. Versand Bescheide, Überwachung Zahlungseingang)

Erstellung Kalkulation alle 3 Jahre (Beispiel Nordstrand: 10.000 € Fa. KUBUS)

Beispiel:

1 € Kurabgabe ganzjährig würde angenommen zu Einnahmen in Höhe von 150.000,00 € führen, sofern der entsprechende Aufwand nur 100.000,00 € betragen würde, müsste die Kurabgabe nach den geltenden Bestimmungen sofort gesenkt werden.

Der Ausschuss bedankt sich für die beiden Vorträge. Die v. g. Informationen werden mit in die Fraktionen genommen.

Der Ausschussvorsitzende erkundigt sich, ob die Möglichkeit bestehe, eine Aufstellung geschätzter Kosten und Einnahmen zu erhalten.

Frau Kühn und Herr Rövenstrunk werden eine entsprechende Aufstellung für die Fraktionen erarbeiten.

Der Ausschuss sicherte zu, dass Thema auch weiterhin öffentlich zu diskutieren.

8. Bericht aus dem Bereich Tourismus (Stadt Friedrichstadt) und der Touristinformation (Tourismusverein Friedrichstadt und Umgebung e. V.)

Frau Kühn berichtet wie folgt:

- Besuch diverser Filmteams in Friedrichstadt (u.a. Sat1)
- Ankündigung eines Filmdrehs am 4./ 5. August 2020
- Veröffentlichung eines großen Berichts im Hamburger Abendblatt

Zufrieden blickt Frau Kühn unter Berücksichtigung der derzeitigen Corona-Pandemie auf die derzeitige touristische Lage in Friedrichstadt. Die Stadt werde gut angenommen, sei jedoch trotzdem kein „Hotspot“.

9. Bericht der Feuerwehr zur Parkraumproblematik

Der Wehrführer, Herr Thomsen, berichtet vorab wie folgt:

- derzeit 26 aktive Mitglieder (davon 2 Gastfahrer aus Stapel und Seeth)
- aktuelle Einsätze
- keine Probleme bzgl. der Erreichung von Einsatzorten während Corona

Zu den Problemen bei der Anfahrt der Feuerwehr von entsprechenden Einsatzorten – aufgrund von parkenden Fahrzeugen im eingeschränkten / absoluten Haltverboten, 5m Bereich von Kreuzungen etc. - hält der Gerätewart, Herr Fritz-Paulsen, eine Power-

Point-Präsentation. Diese veranschaulicht an verschiedenen Beispielen die Problematik der Feuerwehr bei Einsätzen in bestimmten Bereichen / Straßen der Stadt Friedrichstadt.

Hinweis der Verwaltung:

Die gezeigte Power-Point-Präsentation der Feuerwehr wird künftig auf der Internetseite des Rathauses der Stadt Friedrichstadt sowie auf der Internetseite der Feuerwehr abrufbar sein.

10. Beratung und Beschlussfassung über das Einrichten von absoluten Haltverboten Am Stadtfeld im Bereich des Spielplatzes

Ausgangslage:

Durch das Parken im Bereich des Spielplatzes Am Stadtfeld ist nach Angabe der Feuerwehr der benötigte Rettungsweg nicht ausreichend sichergestellt. Dies hat sich erneut bei zwei Einsätzen am 12./ 14.06.2020 herausgestellt.

Dem Ausschuss wird daher angeraten im o. g. Bereich absolute Haltverbote einzurichten.

Der Ausschuss schließt sich diesem an und beschließt einstimmig die Einrichtung von absoluten Haltverboten Am Stadtfeld im Bereich des Spielplatzes.

11. Beratung und Beschlussfassung über das Einrichten eines absoluten Haltverbotes auf der Eilandbrücke (Eiland / Am Fürstenburgwall)

Ausgangslage:

Durch das Parken direkt auf der Eilandbrücke (Eiland / Am Fürstenburgwall) haben Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr große Schwierigkeiten die Eilandbrücke zu passieren und ggf. im Anschluss in die Straße Am Binnenhafen einzubiegen. Auf der anderen Straßenseite wurde bereits in der Vergangenheit ein entsprechendes Haltverbotschild im Brückenbereich aufgestellt.

Im diesem Zusammenhang kam zunächst die Frage auf, ob auf Brücken nicht sowieso ein grundsätzliches Parkverbot besteht.

Hinweis der Verwaltung:

Ein grundsätzliches Parkverbot auf Brücken ist der Straßenverkehrsordnung nicht zu entnehmen.

Der Ausschuss beschließt nach kurzer Beratung die Einrichtung eines absoluten Haltverbotes auf der Eilandbrücke (Eiland / Am Fürstenburgwall) einstimmig.

12. Beratung und Beschlussfassung über das Einrichten eines einseitigen Haltverbotes im östlichen Bereich der Kirchenstraße (zwischen Lohgerberstr. und Prinzeßstr.)

Ausgangslage:

Durch das beidseitige Parken im östlichen Teilbereich der Kirchenstraße (zwischen Lohgerberstraße und Prinzeßstraße) hat die Feuerwehr, wie bereits in der zuvor unter TOP 9 im Rahmen der Power-Point-Präsentation gezeigt, bei einem Einsatz vor Ort zwar die Möglichkeit zwischen den beidseitig parkenden Fahrzeugen hindurchzufahren, jedoch ist kein ausreichender Platz vorhanden um auszusteigen, im Notfall die Stempel der Drehlei-

ter auszufahren oder an die Tore seitlich des Einsatzfahrzeuges heranzukommen, da hierfür Ladebordwände ausgefahren werden müssen. Zudem besteht zusätzlich die Gefahr das Einsatzkräfte vor Ort Ihr Fahrzeug erst gar nicht verlassen können.

Zur möglichen Problembhebung wurden im Vorwege zwei Varianten ausgearbeitet:

Variante A:

Der Ausschuss beschließt die Einrichtung eines einseitigen Haltverbotes.

Variante B:

Der Ausschuss beschließt die Einrichtung einer Halte- und Parkbucht ausschließlich für Einsatzfahrzeuge auf Gebäudeseite (ca. 1-2 Fahrzeuglängen)

Die Mitglieder des Ausschusses sind sich darüber einig, dass möglichst viele Parkplätze unter Berücksichtigung der bekannten Parkraumproblematik erhalten werden müssen. Die Einrichtung eines einseitigen Haltverbotes auf der kompletten Länge des Teilschnittes der Kirchenstraße (zwischen Lohgerberstraße und Prinzeßstraße) kommt daher nicht in Frage.

Es wird sich daher für die Variante B des Beschlussvorschlages ausgesprochen. Es folgt die Beschließung der Variante B: Einrichtung einer Halte- und Parkbucht ausschließlich für Einsatzfahrzeuge auf Gebäudeseite (ca. 1-2 Fahrzeuglängen) einstimmig.

13. Beratung und Beschlussfassung über die Einrichtung eines Parkverbotes für Wohnmobile auf dem kostenfreien Parkplatz hinter der evangelischen Kirche (beim Stadtarchiv)

Bei diesem TOP handelt es sich um den unter TOP 2 a) vorgebrachten Dringlichkeitsantrag.

Der Dringlichkeitsantrag wurde aus aktuellem Anlass gestellt. Derzeit befindet sich ein Wohnmobil auf dem o. g. Parkplatz, welches offensichtlich nicht standsicher abgestellt wurde und inzwischen auf dem Parkplatz vermutlich zurückgerollt ist und nunmehr recht ungünstig dort steht.

Frau Krause, als auch Herr Güldenpenning sprechen sich gegen ein Parkverbot von Wohnmobilen auf dem kostenfreien Parkplatz hinter der evangelischen Kirche aus. Hierzu wird angeführt, dass ein Abstellen von Wohnmobilen in den engen Straßen Friedrichstadts die Rettungswege blockiert und zudem Anwohnern die Sicht versperrt. Der o. g. Parkplatz sei eine zu akzeptierende Lösung für dieses Problem.

Die Bürgermeisterin schlägt vor, bei Errichtung eines Parkverbotes für Wohnmobile die Möglichkeit prüfen zu lassen, entsprechende Verbotsschilder mit dem Zusatz: „für Anwohner frei“ zu versehen.

Frau Krause regt an, ob nicht - wie auch an anderen Parkplätzen durchaus üblich - ein Schild mit dem Hinweis: „Übernachten verboten“ aufgestellt werden könnte.

Der Ausschussvorsitzende bittet nach Beratung um Abstimmung zur Einrichtung eines Parkverbotes für Wohnmobile auf dem kostenfreien Parkplatz hinter der evangelischen Kirche (beim Stadtarchiv).

Ergebnis: 2 Ja-Stimmen
 5 Nein-Stimmen

14. Beratung und Beschlussfassung über die Durchführung einer Verkehrszählung im Bereich der B202 in Höhe Halbmond zwecks Prüfung der möglichen Aufstellung einer Behelfsmöglichkeit für Fußgänger/innen (z. B. Bedarfsampel)

Ausgangslage:

Es ist zu beobachten, dass der im Bereich Alter Hafen an der B202 befindliche städtische Parkplatz (P3) deutlich weniger genutzt wird, als die auf der anderen Seite gelegenen Parkplätze (P1 & P2). Grund hierfür könnte u. a. sein, dass um vom Parkplatz (P3) in die Stadt zu gelangen, die viel befahrene B202 überquert werden muss. Dies birgt für Fußgänger/innen ohne jegliche Behelfsmöglichkeit (z. B. Bedarfsampel) bei starkem Verkehr ein gewisses Gefahrenpotential. Des Weiteren sind hierdurch der am Halbmond befindliche Wohnmobilstellplatz sowie der auf der gleichen Seite liegende Campingplatz zu Fuß nur mühsam zu erreichen.

Um hier eine Behelfsmöglichkeit für Fußgänger/innen zu schaffen, ist vorab eine Verkehrszählung von der LVB-SH durchzuführen.

Die LVB-SH entscheidet über den Zeitrahmen, Umfang etc. der Verkehrszählung.

Die Durchführung der Verkehrszählung birgt für die Stadt Friedrichstadt voraussichtlich keine Kosten.

Sollte die LVB-SH nach durchgeführter Verkehrszählung zur Entscheidung kommen, dass an dieser Stelle eine Behelfsmöglichkeit (z. B. Fußgängerüberweg, Bedarfsampel) zu schaffen ist, so hat die Stadt Friedrichstadt die hieraus entstehenden Folgekosten zu tragen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Durchführung einer Verkehrszählung im Bereich der B202 in Höhe Halbmond durch die LVB-SH.

15. Beratung und Beschlussfassung über die Umsetzung der Errichtung einer Aussichtsplattform im Bereich Fürstenburggraben / Prinzeßstraße

Auf Anraten aus der Bevölkerung wird der Stadt Friedrichstadt vorgeschlagen, im Bereich des Fürstenburggrabens (Kreuzung Prinzeßstraße) einen Aussichtspunkt analog Fürstenburggraben/Prinzenstraße einzurichten. Der vorhandene Bereich wird von den Passanten angenommen. Es wäre jedoch wünschenswert, diesen in analoger Gestaltung zum Aussichtspunkt „Fürstenburggraben/Prinzenstraße“ zu gestalten sowie im Bereich der Straßenmitte der Prinzeßstraße zu konzentrieren. Der Blick reicht in Richtung Norden bis zum Mittelburgwall.

Gemäß einer ersten Kostenschätzung belaufen sich die Kosten auf ca. 7.000 bis 9000 €.

Nach erfolgtem Austausch stimmt der Ausschuss zunächst einmal nur darüber ab, ob zur Weiterverfolgung des Vorhabens 3 Angebote eingeholt werden sollen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen
 1 Nein-Stimme

Der Fachbereich Bauen und Liegenschaften wird gebeten, bis zur nächsten Sitzung drei Angebote einzuholen.

16. Sachstandsbericht Stadtjubiläum 2021

Sachstand Stadtjubiläum – berichtet von Frau Thomsen:

- Wöchentliches Arbeitstreffen mit: Anja Andersen, Gesche Krause, Kerstin Lamp, Christiane Thomsen.
- Das Jubiläumsprogramm wird in verschiedenen Varianten geplant: ohne Hygienebeschränkungen und mit Abstandsregelungen etc.
- Höhepunkt Festwochenende in der KW 38 2021 mit offiziellem Festakt, Programm für Jung und Alt und Festumzug.
- Ein Vorbereitungstreffen mit den Bürgermeister/innen der Umlandgemeinden hat bereits stattgefunden, um sie rechtzeitig mit einzubeziehen, ein nächstes Treffen ist für August 2020 vorgesehen.
- Programm nimmt langsam Gestalt an, bis zum 10. Oktober müssen die Programmpunkte gemeldet sein, damit sie in der Jubiläumsbroschüre berücksichtigt werden können.
- Gerne sollen auch die Stadtteile außerhalb der Altstadt noch mit einbezogen werden, vielleicht kann durch die Stadtvertreter/bgl. Mitglieder die Idee von Stadtteilfesten verbreitet/umgesetzt werden.
- Wir planen auch verschiedene Merchandise-Artikel zum Stadtjubiläum zu erstellen, wie z.B. eine Papiertüte mit dem Logo und Werbeanzeigen Friedrichstädter Geschäfte.
- Sachstand Musical: Texte sind geschrieben, Musik, Drehbuch und Bühnenbild sind bis Ende 2020 fertig, es wurde ein Förderverein gegründet, der bald mit der Mitgliederwerbung beginnt; sobald es die Vorschriften wieder erlauben, soll das Musicalprojekt den Bürger/innen präsentiert werden. Im Januar 2020 wird, wenn möglich, mit den Proben begonnen.
- Die Ausstellung mit Gemälden der Skagen-Maler im Paludanushaus wurde von den Initiatoren Beate und Andreas Kobelt abgesagt.

17. Sachstandsbericht Wettbewerb „Zukunftsstadt“

Die Stadtmanagerin, Frau Lamp, berichtet wie folgt:

- Bisherige Ergebnisse und Erkenntnisse, unter anderem aus dem Wettbewerb „Zukunftsstadt“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), dem Städteförderungsprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ oder dem „Masterplan Tourismus Friedrichstadt 2025“ werden seit Juli 2020 im Projektbüro „Zukunft.STADT“ in der Prinzenstraße 32 in Friedrichstadt ausgestellt.
- Bereits das Schaufenster soll hierbei durch Bilder und kompakte Informationen die Neugierde auf das Thema Stadtentwicklung wecken und zum Eintreten einladen.

- Derzeitige Öffnungszeiten des Projektbüros: Mi 12 - 15 Uhr u. Fr 10 - 13 Uhr
Öffnungszeiten sollen bis Ende des Jahres erweitert werden.
- Im August wird im Projektbüro die Stadtplanerin Frau Nadja Skala zu Gegend sein.

18. Anfragen

Es wurden keine Anfragen vorgebracht.

19. Grundstücksangelegenheiten

- entfällt -

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 20.35 Uhr und bedankt sich bei allen Anwesenden für das Interesse und wünscht allen einen guten Heimweg.

Vorsitzender

Protokollführer

Noch nicht genehmigt! Genehmigung erfolgt erst mit der kommenden Sitzung!